

Vernunft muß her statt Militär

Bis zu 1500 Menschen nahmen am diesjährigen Ostersonntag, dem 22. März 2008, am Ostermarsch vom Deserteursdenkmal am Theaterhaus in die Innenstadt teil. Bei der Auftaktkundgebung sprach Elisabeth Hartnagel, die Schwester von Sophie Scholl, und Penelope Pinson, eine amerikanische Friedensaktivistin aus Tübingen. Des weiteren wurden Spenden für das Stuttgarter Deserteursdenkmal gesammelt. Dann ging der Demozug in einer langen Wanderung durch teilweise recht unbesetzte Gebiete zum Schlossplatz, wo die große Abschlusskundgebung stattfand. Dort sprach auch Heike Hänsel unter anderem zu Irak, Afghanistan und der Militarisierung der EU. Hier ein Auszug aus ihrer Rede:



Heike Hänsel auf dem Ostermarsch in Stuttgart (Foto: Jürgen Patzelt)

„Der sog. Krieg gegen den Terror, der mit OEF und dem Afghanistan-Krieg begann und mit dem Irak-Krieg fortgesetzt wurde, hat nicht nur viel Leid für die Menschen gebracht sondern auch zu einer weltweiten Militarisierung der Politik und Schwächung internationalen Rechts geführt. Sog. Präventivkriege können sich mittlerweile auch die EU-Staaten einschließlich Deutschland vorstellen. (Weißbuch und ESVP). Es existiert keine „Friedenspolitik“ mehr sondern nur noch „Sicherheitspolitik“. Dabei geht es um eine entgrenzte Sicherheitspolitik nach innen und außen. Nach außen heißt: es kann weltweit ohne Grenzen interveniert werden seitens der Nato und/oder EU-Staaten. Nach innen heißt: für die „Sicherheit“ der Bevölkerung muß die Bundeswehr auch im Innern eingesetzt werden können, daran arbeitet bereits die Bundesregierung mit einer Gesetzesänderung. Einen ersten Eindruck konnten wir bereits letztes Jahr beim G8-Gipfel in Heiligendamm bekommen, deshalb: keinen Bundeswehr-Einsatz im Innern, dagegen müssen wir Widerstand leisten! Weltweit wurden mehr als 1,2 Billionen Dollar für Rüstung ausgegeben – soviel wie noch nie. Die weltweiten

Entwicklungsausgaben betragen gerade mal 100 Milliarden, also 1/10 davon! Auch die Rüstungsexporte stiegen auf Rekordniveau, wobei Deutschland weltweit an 4. Stelle und Nr.1 innerhalb der EU ist. Was hätten wir alles mit diesem Geld finanzieren können?

Allein für eine Billion Dollar hätte man 15 Millionen LehrerInnen einstellen oder 530 Millionen Kinder gesundheitlich versorgen können. Mit diesem Geld hätte man auch in vielen Ländern des Nahen und Mittleren Osten die soziale und damit auch friedenspolitische Entwicklung finanzieren können. Oder man könnte mit dem Geld die Umstellung des Weltenergiesystems auf regenerative Energien weiterentwickeln können, weg von Öl und Atom, die kriegstreibend wirken.

Und deshalb ist es auch fatal, dass die Bundesregierung und die EU mittels des jetzigen EU-Reformvertrages, die Militarisierung vorantreiben und das ohne eine Mitbestimmungsmöglichkeit der Bevölkerungen in Europa! Dieser Vertrag ist nichts anderes als der vorherige Verfassungsentwurf, gegen den wir 2005 auf die Straße gegangen sind, der in Frankreich und den Niederlanden per Volksentscheid

abgelehnt wurde und nun völlig undemokratisch von europäischen Regierungen eigenmächtig ratifiziert wird. Deshalb brauchen wir dringend Volksentscheide in Deutschland und allen anderen EU-Staaten über diesen Vertrag!

Denn wir brauchen keinen neuen „global player“ EU mit aggressiver Handelsstrategie gegenüber den Ländern des Südens, mit Sozialabbau nach innen um wettbewerbsfähig zu sein und mit weltweiter militärischer Interventionsfähigkeit! Wir brauchen endlich europäische Abrüstungsinitiativen, den Abzug und die Vernichtung aller Atomwaffen in Europa und die Auflösung des NATO-Bündnisses! Statt weltweiter Militärbasen der USA und anderer Nato-Staaten als „Infrastruktur des Krieges“ brauchen wir weltweite soziale, ökologische, friedensstiftende Netzwerke von unten als eine Infrastruktur des Friedens! Das wäre eine vernünftige und weitsichtige Politik des Friedens!“



Unterstützen Sie jetzt die **Stop EPA Kampagne**

Spekulation mit Nahrung

Abgeordnetenspalte von Heike Hänsel, Schwäbisches Tagblatt am 25.4.

Die Nahrungsmittelkrise zeigt den Wahnsinn des herrschenden Weltwirtschaftssystems, das alles zur Ware macht, in dem der Markt alles und die Menschen nichts sind. Ein rohstoffhungriges System, in dem das Brot der Armen im Tank der Reichen landet und mit Grundnahrungsmitteln an der Börse spekuliert wird.

Mehr als 800 Millionen hungriger Menschen, Klimaerwärmung, Krieg um Rohstoffe, Krise der Finanzmärkte zeigen eines deutlich: das Versagen der neoliberalen Globalisierung und ihres Freihandelsdogmas. Denn die jetzige Krise wird zwar durch die Nachfrage nach Agrotreibstoffen verschärft, aber zugrunde liegen verfehlte Welthandelsstrukturen.

Haitianer, die Brot aus Lehm backen, sind schockierende Bilder. Gerade Haiti ist ein typisches Opfer der Freihandelspolitik. Das Land wurde in 25 Jahren hochgradig von Nahrungsmittelimporten abhängig gemacht. Die Zölle wurden gesenkt, US-Billigimporte von Reis, Bohnen, Weizen überschwemmten die Märkte und zerstörten die eigene landwirtschaftliche Produktion. Haiti steht hier für viele Länder des Südens, die abhängig von Nahrungsmittelimporten sind und jetzt von den steigenden Weltmarktpreisen direkt getroffen werden.

Da reichen Hilfslieferungen nicht aus, wir brauchen eine andere Welthandelsordnung! Dazu gehört der Schutz der Märkte des Südens, um eine eigenständige auf Ernährungssouveränität ausgerichtete ländliche Entwicklung zu befördern. Dazu gehört auch die Kontrolle der Finanzmärkte und das Verbot von hochspekulativen Hedge-Fonds, die mit den Hungerkrisen ihre Gewinne machen. Und der Stopp von EU-Agrarexportsubventionen, die EU-Produkte künstlich verbilligen.

Aber gerade die EU forciert massiv die neoliberale Handelsausrichtung Europas und will der wettbewerbsfähigste Raum der Welt werden. Das bedeutet Sozialabbau nach innen und aggressive Handelsstrategien nach außen. Diese Ausrichtung ist auch im „Lissabon-Vertrag“ festgeschrieben, der gestern ohne Beteiligung der Bevölkerung im Bundestag durchgewunken wurde. Eine demokratische, friedenspolitische und soziale Katastrophe. Europa wird zu ständiger Aufrüstung verpflichtet. Dabei kommen jetzt bereits auf jeden hungernden Menschen 1000 Euro Rüstungsausgaben weltweit! Wir brauchen ein soziales und friedliches Europa. Auch dafür lohnt es sich, auf die Straße zu gehen: am 30. April zur MayDay-Parade und zur 1. Mai-Kundgebung.

Kampagne: www.stopepa.de

Samstag, 22. März 2008

**Schwäbisches Tagblatt: 80
Demonstranten protestierten gegen
den Krieg im Irak**

Die Bundestagsabgeordnete der Linken, Heike Hänsel, forderte die Schließung der Stützpunkte. Sie verlangte ein internationales Kriegsverbrecher-Tribunal: „Für mich ist das der größte Skandal, dass es keine Konsequenzen gab für diejenigen, die den Krieg angezettelt haben.“

Montag, 17. März 2008

**Schwäbisches Tagblatt: Teilzeit für
alle - Frigga Haug will Pflichten und
Chancen neu verteilen**

„Die Vier-in-einem-Perspektive“ heißt das neue Buch der früheren Hamburger Soziologie-Professorin. Gestern stellte es die 70-Jährige zusammen mit ihrem ebenfalls gerade erschienenen Band „Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik“ bei einer Sonntags-Matinee der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel vor. Über dreißig Interessierte kamen ins „Linke Forum“.

Samstag, 15. März 2008

**Schwäbisches Tagblatt:
Landesinnenminister Heribert Rech
hält die Linke für
verfassungsfeindlich. Ihre Tübinger
Vertreter verwahren sich gegen den
Vorwurf**

Die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel und ihre Kollegen Ulrich Maurer und Karin Binder verlangen von der Landesregierung, die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz einzustellen. Damit würde sie dem Beispiel der CDU-geführten Landesregierung des Saarlandes folgen und sich „auch auf europäischer Ebene nicht weiter lächerlich machen.“

Aus der Presse

Dienstag, 25. März 2008

**Schwäbische Post: Irak-Krieg
verurteilt - 150 Teilnehmer beim
Ostermarsch**

[...] Danach war die Bundestagsabgeordnete der Linken, Heike Hänsel, an der Reihe. Sie verurteilte in ihrer Ansprache den Irak-Krieg und die USA aufs Schärfste und forderte in diesem Zusammenhang die Bundesregierung dazu auf, die US-Militärbasen in Deutschland zu schließen. [...]

Dienstag, 25. März 2008

**Schwäbisches Tagblatt: Heike
Hänsel für Schulfonds**

[...] Die Bundestagsabgeordnete der Linken Heike Hänsel unterstützt die Forderung nach einem Schulfonds der Kommunen und Landkreise zur Finanzierung der Schüler-Erstausstattung und des Mensa-Essens von Kindern aus armen Familien. Solange der Bund nicht handle liege auch Verantwortung auf lokaler Ebene, heißt es in ihrer Antwort auf ein Schreiben des Landrats Joachim Walter [...]

Donnerstag, 7. Februar 2008

**junge Welt: Frieden heißt nun Terror
- Jetzt auch in Deutschland: Gegner
des Kriegskurses in Kolumbien
werden diffamiert. Eklat um Antrag
der Linksfraktion im Bundestag**

Auf Initiative von Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke und weiterer Linksparteiabgeordneter sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, der Respektierung der Menschenrechte in dem südamerikanischen Krisenstaat mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Demokratische Kräfte in Afghanistan unterstützen!

Heike Hänsel fordert in der Aktuellen Stunde zu Afghanistan einen Politikwechsel und Unterstützung für die demokratischen Kräfte in diesem Land. Es folgen Auszüge aus der Rede im Bundestag am 14. Februar 2008:

„Jetzt muss das Bündnis in Afghanistan gegen diese Kräfte kämpfen das ist der Zynismus der Politik, während wir hier im Parlament sitzen. Man spricht hier noch nicht einmal von Kämpfen. In diesem Land, in Afghanistan wird Krieg geführt - das wird hier mit keinem Wort erwähnt -, und die Bundeswehr ist dabei. Die Süddeutsche Zeitung hat am 7. Februar 2008 sehr gut getitelt: „Kämpfen, aber nicht darüber reden“. Wir müssen darüber reden und uns fragen lassen - vor allem Sie -, ob Sie das vor dem Hintergrund der Situation in Afghanistan verantworten können.

Aus entwicklungspolitischer Sicht - ich bin ja Entwicklungspolitikerin - kann ich nur sagen: Nach diesen sieben Jahren ist die Lebenssituation der Menschen katastrophal. Wir müssen uns auch fragen lassen, wohin sehr viele Gelder dieser Entwicklungshilfe fließen. Wir müssen auch über die Korruption der dortigen Regierung sprechen: Welches System wird dort eigentlich von ISAF aufrechterhalten? Mit welchen Kräften kooperieren Sie dort, mit demokratischen Kräften oder mit Warlords und Drogenbaronen, die im Parlament sitzen? Über 60 Prozent der Abgeordneten in Afghanistan haben militärischen oder Drogenhintergrund; dies müssen wir doch einmal ansprechen.

In zehn, 20 Jahren werden Sie diese Kräfte bekämpfen müssen, etwa die Nordallianz, die systematisch aufgebaut wird, weil sie mit dem Westen kooperiert.

Das ist die Situation in Afghanistan, die auch mit einer Unglaubwürdigkeit den Menschen gegenüber einhergeht. Fragen Sie doch einmal in Ihrer FU-Umfrage nach der Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der Regierung in Afghanistan.

Die Menschen vertrauen dieser Regierung nicht mehr, weil sich ihre Lebenssituation nicht verbessert. In diesem Zusammenhang begrüße ich eine mutige Frau, die auf der Besuchertribüne sitzt: die afghanische Parlamentarierin Malalai Joya.

Sie hat am Montag den Human Rights Award von „Cinema for Peace“ bekommen, weil sie genau das thematisiert, was ich hier anspreche: die schreckliche Situation für Frauen und die insgesamt schreckliche Menschenrechtssituation in diesem Land. Sie spricht von Kollegen im Parlament, die Kriegsverbrecher sind. Sie spricht von

Sie spricht von der schrecklichen Situation. Sie hat genau das gesagt: Sie sind Opfer zwischen US-feindlichen Fundamentalisten und US-freundlichen Fundamentalisten.

Das ist keine Zukunft für Afghanistan.

Wir wollen, dass diese demokratischen Kräfte unterstützt werden, Herr von Kläden. Aber Frau Joya konnte nicht einmal im Auswärtigen Ausschuss reden, obwohl wir darum gebeten hatten. Seit Monaten bemühen wir uns darum, dass sie in das Netzwerk „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ aufgenommen wird. Es gibt seitens des Auswärtigen Amtes immer neue Verzögerungen. Wenn solche Menschen, die mutig die Zukunft Afghanistans repräsentieren, weil sie den Mund aufmachen, nicht einmal hier in Deutschland unterstützt werden, dann brauchen Sie von Demokratisierung in Afghanistan gar nicht mehr zu reden.

Wir brauchen einen Politikwechsel in Afghanistan. In meinen Augen ist die

Bundeswehr Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir müssen langfristig auf demokratische Kräfte in Afghanistan setzen. Dazu gehören Malalai Joya und viele mutige Journalisten, die jetzt Todesstrafen ausgesetzt sind, weil sie die Fundamentalisten kritisieren. Wo ist da die Bundesregierung, wo ist ISAF? Werden diese Menschen geschützt? Da passiert nichts. Deswegen brauchen wir einen Politikwechsel. Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich, dass es so mutige Menschen wie Malalai Joya gibt. Sie sollte sogar an der Ausreise gehindert werden. Ich hoffe, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass solche Menschen in Afghanistan stärker geschützt werden.“

Nach der Auszeichnung mit dem International Human Rights Award von Cinema for Peace 2008 hielt sich die afghanische Abgeordnete und Frauenrechtlerin Malalai Joya in Deutschland auf. Die Fraktion DIE LINKE führte eine Reihe von Veranstaltungen durch, auf denen der Film "Enemies of Happiness" gezeigt wird, der Malalai Joyas Arbeit und ihr Leben in Afghanistan eindrucksvoll dokumentiert. Solche Filmvorführungen fanden auch in Tübingen und Freiburg statt. Im Anschluss an die Filmvorführung erbot sich die Gelegenheit zu einer Diskussion mit Malalai Joya. **Der Film "Enemies of Happiness" kann im Wahlkreisbüro ausgeliehen werden.**



Malalai Joya, afghanische Parlamentarierin und Frauenaktivistin

Termine in Tübingen

20 Jahre Kultur des Friedens

Der Studierendenverband Die Linke. SDS und die Linksjugend [solid] veranstalten vom 2. bis 4. Mai einen großen **Kongress „40 Jahre 1968“** mit vielen verschiedenen Themen und interessanten Gästen. Es wird ein Bus dorthin fahren, der in Tübingen hält und 30 , bzw 15 Euro ermäßigt kostet.

Infos dazu auf www.1968kongress.de

Montag, 5. Mai 2008, 20:00 Uhr

Neue Aula, Hörsaal 1, Wilhelmstr. 7, 72074 Tübingen

Bertelsmann-Stiftung und Ökonomisierung der Hochschulen

Ob Privatisierung öffentlicher Dienste, Einführung von Studiengebühren, Hartz IV oder Umbau der Hochschulen: Bertelsmann definiert die gesellschaftspolitische Agenda. Am Beispiel der Hochschulen diskutieren wir die Rolle der Bertelsmann-Stiftung. Referent und Diskussionspartner ist Andreas Stahl, Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute an der Fachhochschule Frankfurt. Veranstalter: [solid].sds Hochschulgruppe an der Ernst-Bloch-Uni Tübingen, attac Tübingen, ver.di medien, freies Radio Wüste Welle.

Der Kreisvorstand Tübingen der Partei DIE LINKE lädt ein zur **Mitgliederversammlung am Mittwoch, 28. Mai 2008 um 19:30 Uhr im Bürgerheim, Schmiedtorstr. 2.**

Mittwoch, 7. Mai 2008, 19.30 Uhr,

Gemeindehaus LAMM, Tübingen (Marktplatz)

"20 Jahre Kultur des Friedens" Friedenspolitische Rückblicke und Ausblicke....



mit Hans-Peter Dürr, Hans von Sponeck, Heike Hänsel, u.a.
Moderation: Andreas Zumach (angefragt)

Eintritt frei

Donnerstag, 8. Mai 2008,

17 Uhr, Gedenken auf dem Gräberfeld X, Stadtfriedhof sowie

19 Uhr, Pflanzen einer Weißen Rose auf dem Geschwister-Scholl-Platz

Donnerstag, 8. Mai 2008, 19.30 Uhr,

Festsaal der Universität Tübingen (Wilhelmstr. 7)

"20 Jahre Kultur des Friedens": Konzertveranstaltung

Mit Konstantin Wecker, Eugen Drewermann, Hans-Peter Dürr, Elisabeth Hartnagel (Schwester von Sophie und Hans Scholl), Felicia Langer, Hans von Sponeck, Henning Zierock, Ernst-Bloch-Chor, Theodorakis-Chor u. Ensemble u.v.a.
Moderation: Martin Lüttge



Eintritt: Solidaritätsbeitrag 10 Euro (ermäßigt 5 Euro)

Kartenvorverkauf: Verkehrsverein Tübingen, Tel. 07071-93890 sowie Buchhandlung Vividus, Beim Nonnenhaus 7

Weitere Informationen: www.kulturdesfriedens.de

Bundestagsbüro Berlin

Heike Hänsel MdB, Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Dr. Alexander King

Tel. 030/22773179

Fax: 030/22776179

heike.haensel.ma01@bundestag.de

Dr. Birgit Bock-Luna

Tel. 030/22773179

heike.haensel@bundestag.de

Christine Scherzinger

Tel. 030/22773179

Henning Zierock

Tel. 030/22773180

Wahlkreisbüro Tübingen

Heike Hänsel MdB

Linkes Forum

Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen

Traudel Horn-Metzger

Bürozeiten: Dienstag bis Donnerstag 10 bis 12:30 Uhr und 13:30 bis 15:30 Uhr,
Freitag: 11 bis 13 Uhr

Tel. 07071/208810

Fax: 07071/208812

heike.haensel@wk.bundestag.de

Frederico Elwing

Tel. 07071/993872

frederico.elwing@heike-haensel.de

Regionalbüro Freiburg

Heike Hänsel MdB

Bürogemeinschaft Freiburger Linke

Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg

Peer Villwock, Susanne Hartmann

Tel. 0761/4510292

Telefonzeiten: Montag 14 bis 17 Uhr,

Dienstag 10 bis 14 Uhr, Mittwoch 13 bis 14

Uhr, Donnerstag 11 bis 15 Uhr, Freitag 10

bis 12 Uhr

freiburg@heike-haensel.de

Publikationen

Wir haben vier E-Mail-Newsletter:

- Entwicklungspolitischer Rundbrief (ca. einmal im Monat, PDF)
- Wahlkreisinfo
- Friedenspolitische Informationen (unregelmäßig, Pressemitteilungen, Anträge, Anfragen)
- Veranstaltungshinweise

Wenn Sie einen Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie eine Mail an info@heike-haensel.de

Homepage

mit aktuellen Informationen

www.heike-haensel.de